

Scheitern der Koalitionsbemühungen in Schleswig-Holstein und Berlin vier beziehungsweise fünf Jahre später folgten, ebenfalls deutlich zulegten, so ist unter dem Gesichtspunkt parlamentarischer Teilhabe die Bilanz für die Grünen eher günstig.

4. Fazit: Die Großen profitieren, die Kleinen haben Grund zur Sorge

Komplexe Koalitionen sind aus Sicht von SPD und Union sehr ertragreiche Konstellationen. Sie umgingen damit nicht nur die ungeliebte Alternative Große Koalition, sondern profitierten von den komplexen Koalitionen. Meistens blieben beide Parteien auch nach deren Ende in der Regierung. Sprach der Wähler noch sein Urteil, wurden beide fast durchgängig dafür belohnt. Möglicherweise spielt dabei die Ressource Ministerpräsident eine Rolle. SPD und Union können aus der Regierung, gar aus der Regierungsführung heraus, sehr erfolgreich auch komplexe Koalitionen beenden oder zu Ende führen. Beide Parteien sind also in Bezug auf ihren Erfahrungsschatz prinzipiell gut für das Fünfparteiensystem gewappnet und brauchen keinerlei Scheu vor schwierigen und fragilen Bündnissen zu haben. Selbst im Falle des Scheiterns hat der Wähler hinterher die Arbeit der führenden Regierungspartei honoriert und ihren Verbleib in der Regierung gesichert.

Anders stellt sich die Lage für die FDP und die Grünen dar. Hatte die FDP in den 1950er Jahren ihre strategisch günstige Rolle im Parteiensystem nutzbringend für eine weitere Regierungsbeteiligung eingesetzt, so misslang ihr dies nach 1990 gründlich. Bei Wahlen hat die FDP stets Einbußen hinnehmen müssen, wenn sie sich einer komplexen Koalition anschloss. Die Grünen hingegen sicherten sich zwar nach Ende einer komplexen Koalition nie die anschließende Regierungsbeteiligung, konnten aber teilweise recht erfolgreich in nachfolgenden Wahlen abschneiden. Bei der PDS/Linken stellt sich die Bilanz sehr gemischt dar, so dass dort ein abschließendes Urteil, auch vor dem Hintergrund der einbezogenen Tolerierungen, schwierig ist.

Indes wird deutlich, warum gerade die kleineren Parteien sich schwertun, komplexe Koalitionen einzugehen. Sie müssen gerade die befürchten, in solchen Konstellationen Nachteile zu erleiden. Streben die großen Parteien also komplexe Koalitionen an, werden sie auf lange Sicht genau diese Nöte der kleineren Parteien in den Blick nehmen müssen.

Der Aufstieg der Linkspartei – oder was passiert, wenn Loyalität schwindet

Volquart Stoy und Josef Schmid

Mit der Entstehung der Linkspartei und ihrem wohl dauerhaften Einzug in den Bundestag hat sich die Transformation zu einem Fünfparteiensystem in Deutschland endgültig vollzogen. Das Wahlergebnis von 8,7 Prozent bei der Bundestagswahl 2005 bedeutete für die Linke nicht nur Rang vier in der Parteienhierarchie, sondern auch eine Verdoppelung ihres Stimmanteils im Vergleich zur Wahl von 2002 (damals noch als PDS). Bei der Wahl 2009

konnte sie dieses Ergebnis noch ausbauen und kam auf 11,9 Prozent. Ihre zunehmende Bedeutung hat auch in der politikwissenschaftlichen Beschäftigung Niederschlag gefunden. Dabei lässt sich die Forschung zur Linkspartei grob in zwei Stränge unterteilen: Der eine ist von einer normativ-politischen Herangehensweise geprägt, in der die Autoren entweder die Gefährlichkeit der Linken als „Partei des smarten Extremismus“¹ betonen oder aber ihre Notwendigkeit als Partei der sozialen Gerechtigkeit hervorheben.² Der zweite Strang ist größtenteils deskriptiv und vor allem auf den Entstehungsprozess, den Aufbau und das Personal der Partei konzentriert. Am intensivsten setzt sich der Sammelband von *Tim Spier* und anderen mit diesem Thema auseinander, der aber auch trotz einiger theoretischer Überlegungen ein kohärentes Erklärungsmodell vermissen lässt und seine Stärke vor allem in der sorgfältigen Beschreibung der Geschehnisse hat.³

Die Frage, warum sich Mitglieder der SPD für einen Parteiaustritt und die Gründung einer neuen Partei entschlossen haben, bleibt somit nur unbefriedigend beantwortet. Das Ziel dieses Aufsatzes ist es daher, diese Lücke zu füllen und ein theoretisches Modell, das sich an *Albert Hirschman* anlehnt, für die Abspaltung von der SPD und die Entstehung einer neuen Linkspartei zu liefern.

1. Erklärungsansätze für die Entstehung der neuen Partei

Wenn man mit *Seymour Martin Lipset* und *Stein Rokkan* Parteiensysteme als institutionalisierten Ausdruck von gesellschaftlichen Konfliktlinien („cleavages“) versteht, entstehen neue Parteien durch die Veränderung der Konfliktstruktur einer Gesellschaft.⁴ Dieser Erklärungsansatz hat zwei Schwächen: Zum einen lässt er sich im Falle der Linkspartei nicht empirisch belegen, da keine tief greifenden gesellschaftlichen Veränderungen stattgefunden haben. Weder ihre Rolle als „Polpartei der Verteilungsgerechtigkeit“⁵ im Sozialstaatskonflikt, noch ihre Dominanz in Ostdeutschland als Zeichen eines „höchst wirkungsmächtige[n]“⁶ Ost-West Cleavage sind somit für ihre Entstehung sonderlich erklärungskräftig; letzteres schon allein aus dem Grunde nicht, dass die Abspaltung von der SPD zum größten Teil in Westdeutschland stattgefunden hat. Überzeugender wird der Ansatz, wenn neben der gesellschaftlichen Nachfrage auch die Transformation des politischen Angebots

- 1 Vgl. *Eckhard Jesse / Jürgen P. Lang*, Die Linke – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München 2008.
- 2 Vgl. *Ulrich Maurer / Hans Modrow*, Überholt wird links. Was kann, was will, was soll die Linkspartei?, Berlin 2005.
- 3 Vgl. *Tim Spier / Felix Butzlaff / Matthias Micus / Franz Walter* (Hrsg.), Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007.
- 4 Vgl. *Seymour Martin Lipset / Stein Rokkan*, Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction, in: *dies.* (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, New York / London 1967, S. 1 – 64.
- 5 *Oskar Niedermayer*, Das Parteiensystem Deutschlands, in: *ders. / Richard Stöss / Melanie Haas* (Hrsg.), Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden 2006, S. 109 – 133, S. 130.
- 6 *Richard Stöss*, Mehr Kontinuität als Wandel. Das Parteiensystem vor und nach der deutschen Vereinigung, in: *Roland Czada / Hellmut Wollmann* (Hrsg.), Von der Bonner zur Berliner Republik. 10 Jahre Deutsche Einheit, Wiesbaden 2000, S. 310 – 327, S. 321.

betrachtet wird.⁷ Doch selbst wenn man konstatiert, dass während der Regierungsverantwortung der SPD in der Ära *Gerhard Schröder* ein elektorales Vakuum im linken Spektrum entstanden ist, ist eine zweite Schwäche nicht zu übersehen. Denn letztendlich stellt diese neue Situation lediglich eine Chance dar, die von politischen Akteuren wahrgenommen werden kann, nicht aber wahrgenommen werden muss. Das Entstehen einer neuen Partei war somit kein Automatismus, sondern bedurfte des aktiven Betreibens, der Umsetzung einer strategischen Option durch politische Entscheidungsträger.⁸

Deren Einfluss sollte die wissenschaftliche Beschäftigung mit Parteiabspaltungen stets berücksichtigen. Die Entstehung der Linkspartei ist im Nachhinein vor allem an der Person *Oskar Lafontaines* festgemacht worden, was sicherlich richtig ist, wenn damit die Fusion von WASG und PDS gemeint ist. Indem er die Vereinigung der beiden Parteien zur Bedingung für sein Engagement machte, bewahrte er die WASG vor dem Fall in die Bedeutungslosigkeit und garantierte den mittelfristigen Erfolg der vereinigten Linkspartei. Insofern kann *Lafontaine* als *spiritus rector* der Linkspartei gelten, nicht jedoch der WASG, die zum Zeitpunkt seines Beitritts bereits zwischen 6.000 und 9.000 Mitglieder zählte.⁹ Somit lässt sich mit seiner Person allein die Gründung der neuen Partei auch nicht erklären.

Ein letzter, vor allem deskriptiver Ansatz geht davon aus, dass eine weit verbreitete Unzufriedenheit SPD-Mitglieder zu einer Abspaltung veranlasste. Diese Beobachtung ist grundsätzlich richtig, doch das Vorhandensein von Unzufriedenheit allein bietet noch keine befriedigende Erklärung für eine Parteienspaltung. Unzufriedene Parteimitglieder sind grundsätzlich keine Seltenheit, sondern gehören zur Normalität politischer Parteien, und nur in den seltensten Fällen optieren sie für eine Parteiabspaltung. Häufig bleiben sie einfach von der Partei und der Wahlurne weg. Versuche, Parteiäus- und -übertritte oder sogar Parteiabspaltungen mit der bloßen Unzufriedenheit einzelner Mitglieder erklären zu wollen, greifen daher zu kurz. Die entscheidende Frage ist vielmehr, unter welchen Umständen sich unzufriedene Parteimitglieder für Optionen einer Parteinuugründung entscheiden und wie sich dies nicht nur beschreiben, sondern erklären lässt. Um dies zu leisten, soll im Folgenden die Theorie von *Albert Hirschman* zu Exit, Voice and Loyalty erweitert werden.¹⁰

2. Typen von Parteimitgliedern

Im Zentrum des hier zu entwickelnden Erklärungsmodells stehen die Parteimitglieder als Individuen. Unserer Theorie liegt ein Rational-Choice Ansatz zugrunde. Die Rational-Choice Theorie geht davon aus, dass Personen bestimmte Präferenzen besitzen und in ihrer

7 Vgl. *Oliver Nachtwey / Tim Spier*, Günstige Gelegenheit? Die sozialen und politischen Entstehungshintergründe der Linkspartei, in: *Tim Spier / Felix Butzlaff / Matthias Micus / Franz Walter* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 3), S. 13 – 69.

8 Vgl. *Josef Schmid / Udo Zolleis*, Zwischen Strategie und Anarchie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, in: *dies.* (Hrsg.), Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden 2005, S. 9 – 21.

9 Vgl. *Oliver Nachtwey*, Im Westen was Neues. Die Entstehung der Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit, in: *Tim Spier / Felix Butzlaff / Matthias Micus / Franz Walter* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 3), S. 155 – 184, S. 175.

10 Vgl. *Albert O. Hirschman*, Exit, Voice, and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations, and States, Cambridge 1970.

jeweiligen Situation immer die Handlungsoption wählen, die diese Präferenzen am meisten befriedigt, das heißt die ihren Nutzen maximiert. Aufbauend auf dieser Prämisse kann die Partizipation in einer Partei als nutzenmaximierende Option für die betroffene Person verstanden werden. Da Parteien auf die Beteiligung von Personen angewiesen sind, müssen sie ihren (potenziellen) Mitgliedern Anreize bieten, um sie zu einer Mitarbeit zu motivieren. Die Präferenzen der Mitglieder sind dabei keinesfalls homogen, und es lassen sich unterschiedliche Typen von Parteimitgliedern ausmachen. Die wissenschaftliche Debatte darüber hat eine weit verbreitete Unterscheidung zwischen zwei Typen hervorgebracht, die *James Q. Wilson* als „amateurs“ und „professionals“ beschreibt.¹¹ Die Amateure sind in erster Linie durch Prinzipien und nicht so sehr durch persönliche Interessen motiviert. Sie ziehen ihre Befriedigung aus ihrer Mitwirkung an einem gemeinsamen Ziel. Die Professionals sind hingegen vor allem durch Machtinteresse geleitet. Diese Dichotomie zwischen politisch-inhaltlich- und machtorientierten Mitgliedern wurde in der Literatur beibehalten und wird auch als „policy-seekers versus office-seekers“ bezeichnet.¹²

2.1. Office-seeker

„Office-seeker sind Karriere-Aktivist:innen in eigener Sache“¹³, die ihre Aktivitäten in der Partei als Mittel sehen, eigene Karriereziele voranzutreiben. Sie werden von Parteien angezogen, weil diese den Zugang zu politischen Karrieren und oftmals auch zu öffentlichen Ämtern kontrollieren.¹⁴ Office-seeker konzentrieren sich auf die Aktivitäten, die ihren eigenen Ambitionen förderlich sind. Sie sind insbesondere an Personen und Ereignissen interessiert, die ihre Beförderung beeinflussen können. Verallgemeinert lässt sich sagen, dass sie von einer bestimmten Handlungslogik geleitet sind, die aus ihren Karriereambitionen erwächst.¹⁵

2.2. Policy-seeker

Im Gegensatz zum office-seeker ziehen policy-seeker ihre Motivation aus nicht greifbaren Belohnungen. Sie stimmen generell mit der politischen Ausrichtung ihrer Partei überein und sind interessiert daran, dass diese ihre Ziele erfolgreich umsetzt. Solange seine Interessenkongruenz mit der Partei groß genug ist, wird der policy-seeker sich an ihren Aktivitäten beteiligen. Mit anderen Worten: solange die Partei es dem policy-seeker erlaubt, seine Ziele gemeinsam in der Partei zu verfolgen, wird er ihr dienen. Für diesen Mitgliedertyp hat die Partei einen instrumentellen Charakter; sie wird als Mittel benutzt, um die eigenen politischen Ziele zu erreichen.¹⁶

11 Vgl. *James Q. Wilson*, *The Amateur Democrat. Club Politics in Three Cities*, Chicago / London 1966, S. 2 – 16.

12 Vgl. *Angelo Panebianco*, *Political Parties. Organization and Power*, Cambridge 1988.

13 *Elmar Wiesendahl*, *Parteien in Perspektive. Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien*, Opladen 1998, S. 158.

14 Vgl. ebenda, S. 159.

15 Vgl. ebenda, S. 160.

16 Vgl. ebenda, S. 165.

3. Die Handlungsoptionen unzufriedener Mitglieder

Parteimitgliedschaft kann als rationale Entscheidung einer Person angesehen werden, die sich aufgrund der Anreize der Partei zu einer Mitarbeit entschlossen hat. Der Entscheidungsprozess hört jedoch nicht mit dem Eintritt auf, sondern findet auch während der Mitgliedschaft permanent statt. Der Verbleib in der Partei kann somit als positives Resultat einer kontinuierlichen Kosten-Nutzen-Abwägung durch ein rational handelndes Individuum verstanden werden. Sollte diese Bilanz zu einem Zeitpunkt ins Negative kippen, wird die betreffende Person sich überlegen, die Partei zu verlassen. Der Austritt ist dabei jedoch nur eine Möglichkeit, um mit dieser unbefriedigenden Situation umzugehen. *Hirschman* zufolge haben unzufriedene Mitglieder einer Organisation zwei Handlungsmöglichkeiten: Voice und Exit.¹⁷

Die Wahl der Voice-Option ist der Versuch, die wahrgenommenen Fehlentwicklungen in der Partei zu korrigieren. Voice ist definiert als „jeder wie immer geartete Versuch, einen ungünstigen Zustand zu verändern, anstatt ihm auszuweichen“¹⁸ und kann auch als „Interessenartikulation“¹⁹ bezeichnet werden. Dabei geht dem Rückgriff auf die Voice-Option eine Überprüfung der Wandlungswahrscheinlichkeit der Partei voraus sowie die Frage, inwieweit der eigene Einsatz hierzu etwas beitragen kann. Ausgehend von rationalem Verhalten wird deutlich, dass diese Option nur dann von Mitgliedern gewählt wird, wenn diese davon ausgehen, dass die Partei sich dadurch regenerieren wird. *Brian Barry* schlägt daher vor, dass Voice nicht nur als mögliche Antwort auf Verschlechterung verstanden werden sollte, sondern als Reaktion auf die Überzeugung, dass die Organisation besser sein könnte.²⁰ Wenn eine Verbesserung ausgeschlossen erschiene, wäre ein weiterer Verbleib in der Partei irrational.

Der persönliche Einsatz fällt nicht bei allen unzufriedenen Mitgliedern gleich aus, sondern hängt von ihrer Kosten-Nutzen Überlegung ab.²¹ Während einige Mitglieder eine aktive Rolle übernehmen, ertragen andere ihr Leid schweigend „in der zuversichtlichen Hoffnung, dass sich die Lage bald bessern wird“²². Für letzteren Fall ist die Bezeichnung Voice jedoch kaum zutreffend.²³ Stattdessen erscheint es sinnvoller, zwischen zwei Handlungsmöglichkeiten für die unzufriedenen Mitglieder zu unterscheiden, die in der Partei verbleiben: Artikulation und Schweigen. Die erste Entscheidung, vor der sie stehen, ist daher nicht Voice oder Exit, sondern Bleiben oder Austritt. Mitglieder, die sich für den Verbleib entscheiden, stehen anschließend vor der Wahl zwischen Voice und Silence.

17 In diesem Aufsatz werden die englischen Begriffe Exit und Voice verwendet, da die deutsche Übersetzung „Abwanderung und Widerspruch“ deren Sinn nicht komplett widerspiegelt.

18 *Albert O. Hirschman*, Exit, Voice, and Loyalty. Further Reflections and a Survey of Recent Contributions, in: *Social Science Information*, 13. Jg. (1974), H. 1, S. 7 – 26, S. 25.

19 Ebenda.

20 *Brian Barry*, Review Article: Exit, Voice, and Loyalty: Responses to Decline in Firms, Organization, and States by *Albert O. Hirschman*, in: *British Journal of Political Science*, 4. Jg. (1974), H. 1, S. 79 – 107, S. 90.

21 Vgl. *Albert O. Hirschman*, Abwanderung und Widerspruch. Reaktionen auf Leistungsabfall bei Unternehmungen, Organisationen und Staaten, Tübingen 1974, S. 32; *Brian Barry*, a.a.O. (Fn. 20), S. 89.

22 Vgl. *Albert O. Hirschman*, a.a.O. (Fn. 21), S. 32.

23 *Brian Barry*, a.a.O. (Fn. 20), S. 91.

Die Entscheidung über den Austritt aus der Partei wird je nach den Erfolgchancen von Voice getroffen.²⁴ Wenn Mitglieder davon ausgehen, dass die Partei sich in ihrem Sinne verändern wird, werden sie mit ihrem Austritt warten; wenn nicht, werden sie die Exit-Option wählen, sofern sie keine Erfolgsaussichten für Voice erkennen. Exit gilt unzufriedenen Mitgliedern somit als „letzter Ausweg“²⁵.

Albert Hirschmans Überlegungen sind ursprünglich nicht in Bezug auf Parteimitglieder entwickelt worden, sondern anhand unzufriedener Käufer von Produkten. Gleichwohl besitzt die Theorie einen allgemeinen Erklärungsanspruch und wurde an anderer Stelle auch hinsichtlich politischer Parteien konkretisiert.²⁶ Diese Ausführungen, obwohl akteurzentriert, betrachten vorrangig die Konsequenzen von Voice und Exit für die betroffene Organisation und nicht so sehr die Implikationen für die Mitglieder. Insofern hören die Überlegungen mit dem Austritt der Mitglieder auf, da sie ab diesem Zeitpunkt für die Organisation verloren sind. Diese Beschränkung stellt in vielen Fällen – je nach Erkenntnisinteresse – eine zu rechtfertigende Vereinfachung dar. In anderen Fällen hört die Theorie aber genau dort auf, wo es interessant wird. Politisch- beziehungsweise machtorientierte Personen geben ihre Präferenzen nicht mit dem Austritt aus der Partei auf, sondern suchen nach alternativen Möglichkeiten, um diese zu befriedigen. Somit stellen sie ein enormes Potenzial für Veränderung dar. Um die daraus resultierenden Entwicklungen theoretisch einordnen zu können, ist es sinnvoll, die Exit-Option in drei Handlungsmöglichkeiten zu unterteilen: (1) den Wechsel zu einer anderen Partei, (2) eine Parteineugründung (das heißt Abspaltung) oder (3) den Rückzug aus der Politik (vgl. Abbildung 1).

Personen wechseln zu einer anderen Partei, wenn sie erwarten, dass ihre Bedürfnisse dort besser befriedigt werden als in der alten. Diese Option wird vornehmlich vom office-seeker gewählt, da es ihm – überspitzt gesagt – egal ist, welcher Partei er angehört, solange diese ihm als nützliches Vehikel für seine Karriereambitionen dient. Im Gegensatz dazu werden policy-seeker nur in außergewöhnlichen Umständen von dieser Option Gebrauch machen. Diese Behauptung basiert auf der Annahme, dass es innerhalb eines Parteiensystems keine zwei perfekten Äquivalente in Bezug auf ihre politische Ausrichtung gibt. Dies gilt insbesondere für konsolidierte Parteiensysteme. Angesichts der unterschiedlichen politischen Profile der Parteien kann die Entscheidung einer Person, Partei A beizutreten, auch als Entscheidung verstanden werden, Partei B nicht beizutreten. Wenn es keine zwei Parteien mit äquivalentem politischen Profil gibt, bedarf es bedeutender Veränderungen in der Programmatik, um einen Wechsel zu einer anderen Partei zu ermöglichen (unter der Voraussetzung, dass sich nicht die Präferenzen der Mitglieder verändern).

Die Gründung einer neuen Partei durch unzufriedene Mitglieder wird häufig als „Parteienspaltung“ bezeichnet. Da jede Partei für ihr Bestehen auf Funktionäre angewiesen ist, entstehen durch eine neue automatisch Parteiämter, die die Karriereambitionen einiger office-seeker befriedigen. Die Attraktivität der neu gegründeten Partei wird zudem durch die Aussicht auf öffentliche Ämter vergrößert. Je besser die Erfolgsaussichten der neuen Partei bei Wahlen sind, desto interessanter wird sie für office-seeker.

Ein ähnliches Argument gilt für policy-seeker, die ihr Engagement in einer neuen Partei auch von deren Erfolgsaussichten abhängig machen. Da policy-seeker ihre eigenen politi-

24 Vgl. *Albert O. Hirschman*, a.a.O. (Fn. 21), S. 30.

25 Ebenda, S. 31.

26 Vgl. *Albert O. Hirschman*, a.a.O. (Fn. 18).

schen Ziele durch die Partei umzusetzen gedenken, muss diese über ein gewisses Maß an Einfluss verfügen, um diesen Mitgliedertyp zu erreichen. Eine Partei, deren Ziele vollständig mit denen der policy-seeker übereinstimmen, die aber keine Macht hat, diese in den politischen Prozess einzubringen, ist für sie uninteressant. Es kann daher geschlussfolgert werden, dass eine realistische Erfolgsaussicht eine notwendige Bedingung für die Gründung einer neuen Partei darstellt.

Der letzte Ausweg für unzufriedene Parteimitglieder ist der vollständige Rückzug aus der Politik. Sie werden diese Option wählen, wenn keine (bestehende oder neu zu gründende) Partei ausreichend Anreize bietet, um die Kosten einer Mitgliedschaft zu decken. Dies bedeutet jedoch, dass die inhaltlichen beziehungsweise Karriereziele unbefriedigt bleiben. Während für die betreffende Person somit keine Kosten anfallen, erzielt sie jedoch auch keinen Nutzen. Angesichts der weiterhin existierenden Präferenzen kann dies kaum als zufriedenstellende Lösung akzeptiert werden, insbesondere wenn keine Alternativen außerhalb der Politik bestehen. Je mehr jemand auf die Mitgliedschaft in einer Partei angewiesen ist, um persönliche Bedürfnisse zu befriedigen, umso wahrscheinlicher ist der Verbleib in der Politik.

Albert Hirschmans ursprüngliche Beschränkung auf lediglich zwei Handlungsoptionen für unzufriedene Mitglieder einer Organisation (Voice und Exit) bedurfte einer Ausdifferenzierung, um dem speziellen Fall von Parteimitgliedern gerecht zu werden. Insgesamt lassen sich damit fünf verschiedene Optionen unterscheiden.

Abbildung 1: Mögliche Handlungsoptionen für unzufriedene Parteimitglieder				
Verbleib		Austritt (Exit)		
Artikulation (Voice)	Schweigen (Silence)	Wechsel	Neugründung	Rückzug
Quelle: Eigene Darstellung.				

4. Hocharrangige und einfache Parteimitglieder

Die Mitgliedschaft in einer Partei ist eine rationale Entscheidung, und entsprechend haben Parteimitglieder gewisse Erwartungen an den Nutzen, den sie aus ihrer Mitarbeit ziehen. In den meisten Fällen werden diese Erwartungen erfüllt, und die Mitglieder engagieren sich weiterhin aktiv in der Partei. Wenn diese es jedoch nicht schafft, die entsprechenden Anreize zu bieten, werden die Mitglieder überlegen, wie sie auf diese unbefriedigende Situation reagieren.

4.1. Loyalität

Die entscheidende Variable, ob die unzufriedenen Mitglieder in der Partei verbleiben oder austreten (Exit), ist ihre Loyalität. *Albert Hirschman* beschreibt ihre Funktion wie folgt: „In der Regel hemmt [...] die Loyalität die Neigung zur Abwanderung [Exit] und aktiviert den Widerspruch [Voice]. Es ist zwar richtig, dass ein einzelnes Mitglied, das mit den Verhältnissen in seiner Organisation unzufrieden ist, trotzdem loyal bleiben kann, auch ohne selbst einflussreich zu sein, was aber doch kaum ohne die Erwartung geschehen wird, dass

irgendwer etwas tun oder *irgendetwas* geschehen wird, um die Dinge wieder ins rechte Lot zu bringen.“²⁷

Dieser Punkt zeigt, dass Loyalität kein irrationales Verhalten darstellt; vielmehr ist sie die Bezeichnung für die Überzeugung des Mitglieds, dass der Verbleib in der Partei die nutzenmaximierende Option ist. Loyalität steht somit für den Glauben, dass sich die Partei regeneriert und ist somit weder uneingeschränkt noch unbegrenzt.

4.2. Locus of Control / Einflusschancen

Für die Mitglieder, die in der Partei verbleiben wollen, sieht das angepasste *Hirschman*-Modell zwei Alternativen vor: Voice und Silence. Die zentrale Variable, die darüber entscheidet, welche der beiden Optionen gewählt wird, ist der „Locus of Control“ einer Person. Dieser beschreibt „the individual's disposition to believe that his or her actions matter“²⁸. Es lässt sich unschwer erkennen, dass diese Einschätzung von der Position des Mitglieds in der Partei abhängt. Hochrangige Parteimitglieder, die in Parteivorstand, -gremien oder -ausschüssen sitzen oder ein öffentliches Amt bekleiden, haben die Möglichkeit, die Entscheidungen der Partei oder sogar der Regierung direkt zu beeinflussen. Zudem verfügen sie häufig über einen gewissen Rückhalt an der Basis, der ihre Verhandlungsposition innerhalb der Partei erhöht. Hochrangige Mitglieder werden folglich die Voice-Option wählen, wenn sie über eine dieser Machtressourcen verfügen.

Im Vergleich dazu dürften einfache Mitglieder ihren Locus of Control zumeist als extern wahrnehmen. Sie haben weder Zugang zu den Entscheidungszentren der Partei noch breite Unterstützung bei den Mitgliedern. Dennoch entscheiden sich viele für die Voice-Option, was unsere Annahme zu widerlegen scheint. Dies lässt sich mit der Feststellung erklären, dass parteiinterne Kritik meistens von hochrangigen Mitgliedern initiiert und erst in der Folge durch die Parteibasis unterstützt wird. Insofern ist es notwendig, analytisch zwischen Mitgliedern der Parteiführung und der -basis zu differenzieren. Diese Unterscheidung erfordert ein zweites Erklärungsmodell, das den Entscheidungsprozess der einfachen Mitglieder aufzeigt.

4.3. Parteiwechsel

Mitglieder, die sich für einen Austritt aus der Partei entscheiden, besitzen – wie dargelegt – drei Handlungsoptionen: Parteiwechsel, Parteineugründung und Rückzug aus der Politik. Angesichts der Tatsache, dass die Gründung einer neuen Partei mit erheblichen Kosten verbunden ist und ein hohes Maß an Unsicherheit birgt, während ein Rückzug aus erläuterten Gründen der letzte Ausweg ist, wäre der Wechsel zu einer bestehenden Partei die präferierte Lösung.

Unter welchen Umständen entscheidet sich ein unzufriedenes Parteimitglied für den Wechsel zu einer anderen Partei? Die Antwort ist naheliegend: Es hängt von der Attraktivität

27 *Albert O. Hirschman*, a.a.O. (Fn. 21), S. 67 (Hervorhebungen im Original).

28 *Michael Withey / William Cooper*, Predicting Exit, Voice, Loyalty, and Neglect, in: *Administrative Science Quarterly*, 34. Jg. (1989), H. 4, S. 521 – 539, S. 524.

tät der übrigen Parteien ab. Wenn es eine Partei gibt, die die Form der Anreize bietet, die nicht länger von der alten Partei bereitgestellt werden, wird die Person die Partei wechseln.

4.4. Politische Gelegenheitsstruktur

Wenn attraktive alternative Parteien nicht vorhanden sind, wird ein unzufriedenes Mitglied die Möglichkeit erwägen, eine neue Partei zu gründen. Diese Entscheidung wird jedoch nur dann rational für eine Person, wenn sie die Erfolgsaussichten der neuen Partei als hoch einschätzt. Dies hängt im Wesentlichen von zwei Bedingungen ab: (1) dem erwarteten Zulauf für die neue Partei und (2) der Politischen Gelegenheitsstruktur.

Trotz des postulierten Wandels der Organisation moderner Parteien²⁹, stellen Mitglieder nach wie vor eine wichtige Ressource für Parteien dar. Sie suggerieren demokratische Legitimität, bilden ein zuverlässiges Reservoir an Unterstützung in Wahlen, tragen zur Finanzierung der Parteien bei und leisten wertvolle Arbeit für sie, insbesondere in Wahlkämpfen.³⁰

Da der Erfolg von Parteien also wesentlich von einer Mindestanzahl an Mitgliedern abhängt, lässt sich argumentieren, dass die Gründung einer neuen Partei von hochrangigen Parteimitgliedern initiiert werden muss, denn nur diese verfügen über eine ausreichende Anzahl an Unterstützern, die ihnen zu einer neuen Partei folgen würden. Zudem sind bekannte und erfahrene Politiker für junge Parteien unerlässlich, da sie Medienpräsenz garantieren und ihre Erfahrungen einbringen können.³¹

Eine ausreichende Anzahl an potentiellen Mitgliedern garantiert jedoch noch nicht den Erfolg. Die Entscheidung, eine neue Partei zu gründen, hängt in erster Linie von der Politischen Gelegenheitsstruktur ab. Dieses Konzept entstammt der Forschung über Soziale Bewegungen³² und wurde später zur Untersuchung neuer Parteien angewandt.³³ Die Politische Gelegenheitsstruktur umfasst alle Faktoren, die die Erfolgchancen neuer Parteien

29 Vgl. *Klaus von Beyme*, Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien, Wiesbaden 2000; *Richard S. Katz / Peter Mair*, Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party, in: *Party Politics*, 1. Jg. (1995), H. 1, S. 5 – 28.

30 Vgl. *Richard S. Katz*, The Internal Life of Parties, in: *Kurt-Richard Luther / Ferdinand Müller-Rommel* (Hrsg.), *Political Parties in the New Europe, Political and Analytical Challenges*, Oxford 2002, S. 87 – 118; *Susan E. Scarrow*, Parties without Members? Party Organization in a Changing Electoral Environment, in: *Russell J. Dalton / Martin P. Wattenberg* (Hrsg.), *Parties without partisans. Political change in advanced industrial democracies*, Oxford / New York 2000, S. 79 – 101; *Josef Schmid / Udo Zolleis*, a.a.O. (Fn. 8).

31 Vgl. *Charles Hauss / David Rayside*, The Development of New Parties in Western Democracies since 1945, in: *Louis Sandy Maisel / Joseph Cooper* (Hrsg.), *Political Parties, Development and Decay*, Beverly Hills / London 1978, S. 31 – 58, S. 51.

32 Vgl. *Peter Eisinger*, The Conditions of Protest Behavior in American Cities, in: *American Political Science Review*, 67. Jg. (1973), H. 1, S. 11 – 28; *Sidney Tarrow*, *Democracy and disorder. Protest and politics in Italy 1965-1975*, Oxford 1989; *Hanspeter Kriesi*, The Political Opportunity Structure of New Social Movements: Its Impact on Their Mobilization, in: *Craig Jenkins / Bert Klendermans* (Hrsg.), *The Politics of Social Protest, Comparative Perspective on States and Social Movements*, London 1995, S. 167 – 198.

33 Vgl. *Ferdinand Müller-Rommel*, *Grüne Parteien in Westeuropa. Entwicklungsphasen und Erfolgsbedingungen*, Opladen 1993.

(positiv oder negativ) beeinflussen. Diese können in institutionelle und nicht-institutionelle unterteilt werden.

Die Literatur zu Parteigründungen nennt vor allem zwei wichtige institutionelle Faktoren: Wahlsystem und Zentralisierung. Generell gilt, dass ein Verhältniswahlrecht positiver für neue Parteien wirkt als ein Mehrheitswahlrecht.³⁴ So lässt sich eine positive Korrelation zwischen dem Wahlsystem eines Landes und dem Erfolg neuer Parteien nachweisen.³⁵ Innerhalb des Wahlsystems kommt die Existenz von Sperrklauseln zum Tragen, die eine abschreckende Wirkung auf neue Parteien haben.³⁶

Ein zweiter institutioneller Faktor ist die Zentralisation des politischen Systems. Bundesstaaten bieten neuen Parteien viele Zugangsmöglichkeiten zu öffentlichen Ämtern.³⁷ Insbesondere Parteien mit regionalen Hochburgen kommt dies zugute.

Zwei nicht-institutionelle Faktoren identifizierte *Stephen Fisher* für die Erfolgsaussichten von neuen Parteien.³⁸ Neben der organisatorischen Verbundenheit von Parteien und Interessengruppen (zum Beispiel Gewerkschaften) ist die Parteiidentifikation wesentlich: Solange die meisten Wähler den alten Parteien treu bleiben, haben es neue Parteien schwer sich zu etablieren.³⁹ Im Gegenzug macht ein hoher Anteil an Wechselwählern den Erfolg neuer Parteien eher wahrscheinlich.⁴⁰

Wenn keine der vier Alternativen (Artikulation, Schweigen, Parteiwechsel und Neugründung) die Präferenzen der unzufriedenen Parteimitglieder befriedigt, werden sie sich vollständig aus der Politik zurückziehen. In diesem Fall haben sie die Hoffnung aufgegeben, dass irgendeine Partei ihre Bedürfnisse befriedigt (vgl. Abbildung 2).

4.5. Einfache Mitglieder

In bestimmten Bereichen stimmt das Modell für hochrangige wie für einfache Parteimitglieder. Die (Nicht-)Existenz von Loyalität sowie von alternativen Parteien wirkt sich auf einfache Mitglieder genauso aus wie auf führende Parteipolitiker. An anderer Stelle, beim

34 Vgl. *Maurice Duverger*, *Political Parties. Their Organization and Activity in the Modern State*, London 1955, S. 217; *Stephen L. Fisher*, *The Minor Parties of the Federal Republic of Germany. Toward a Comparative Theory of Minor Parties*, The Hague 1974, S. 15; *Ferdinand A. Hermens*, *Demokratie oder Anarchie. Untersuchung über die Verhältniswahl*, Frankfurt am Main 1951, S. 9 ff.; *Douglas W. Rae*, *The Political Consequences of Electoral Laws*, New Haven / London 1967, S. 98 f.

35 Vgl. *Robert Harmel / John D. Robertson*, *Formation and Success of New Parties: A Cross-National Analysis*, in: *International Political Science Review*, 6. Jg. (1985), H. 4, S. 501 – 523, S. 517 ff.; *Arend Lijphart*, *The Political Consequences of Electoral Laws, 1945-85*, in: *The American Political Science Review*, 84. Jg. (1990), H. 2, S. 481 – 496.

36 Vgl. *Stephen L. Fisher*, a.a.O. (Fn. 34), S. 153; *Larry J. Sabato*, *The Party's Just Begun. Shaping Political Parties for America's Future*, Glenview 1988, S. 38.

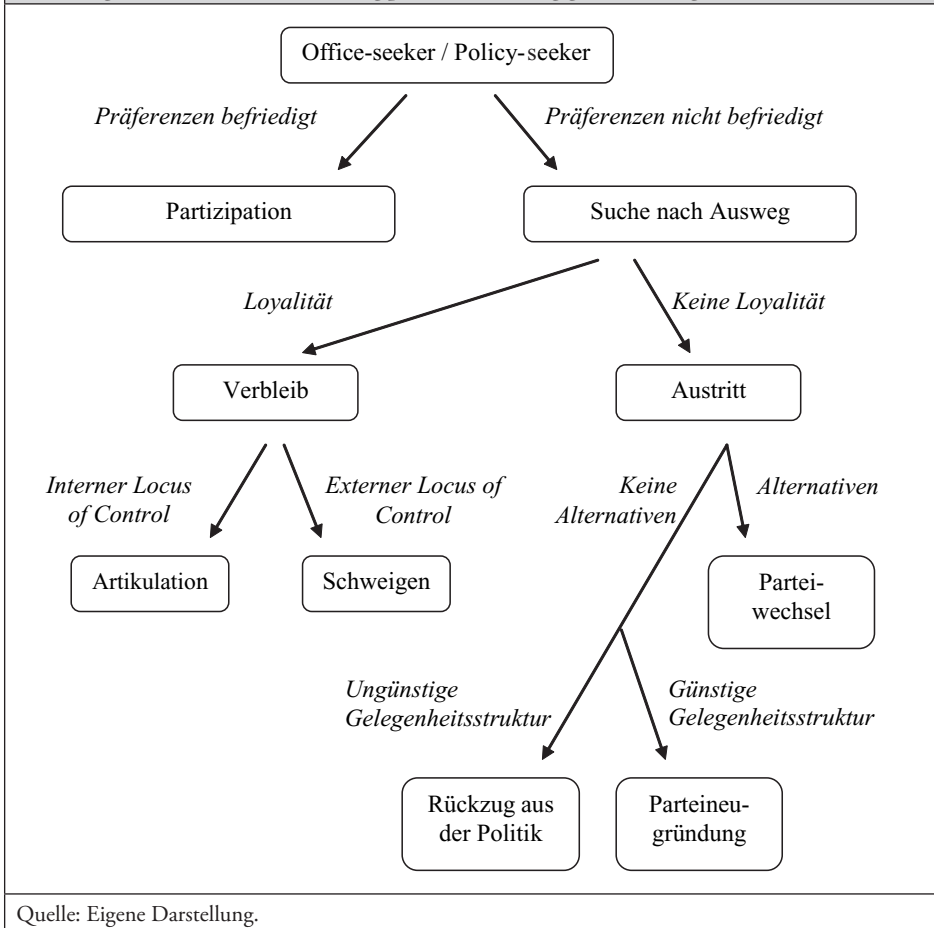
37 Vgl. *Stephen L. Fisher*, a.a.O. (Fn. 34), S. 156 f.; *Ferdinand Müller-Rommel*, a.a.O. (Fn. 33), S. 118 ff.; *Hiltrud Naßmacher*, *Auf- und Abstieg von Parteien. Ansätze zur vergleichenden Betrachtung von Etablierung und Niedergang von Parteien im Wettbewerb*, in: *Karl Schmitt* (Hrsg.), *Wahlen, Parteiliten, politische Einstellungen, Neuere Forschungsergebnisse*, Frankfurt am Main 1990, S. 177 – 209, S. 185.

38 Vgl. *Stephen L. Fisher*, a.a.O. (Fn. 34), S. 158 f.

39 Vgl. ebenda, S. 159 f.; *Charles Hauss / David Rayside*, a.a.O. (Fn. 31), S. 49 f.

40 Vgl. *Ferdinand Müller-Rommel*, a.a.O. (Fn. 33), S. 139.

Abbildung 2: Modell des Entscheidungsprozesses hochrangiger Parteimitglieder

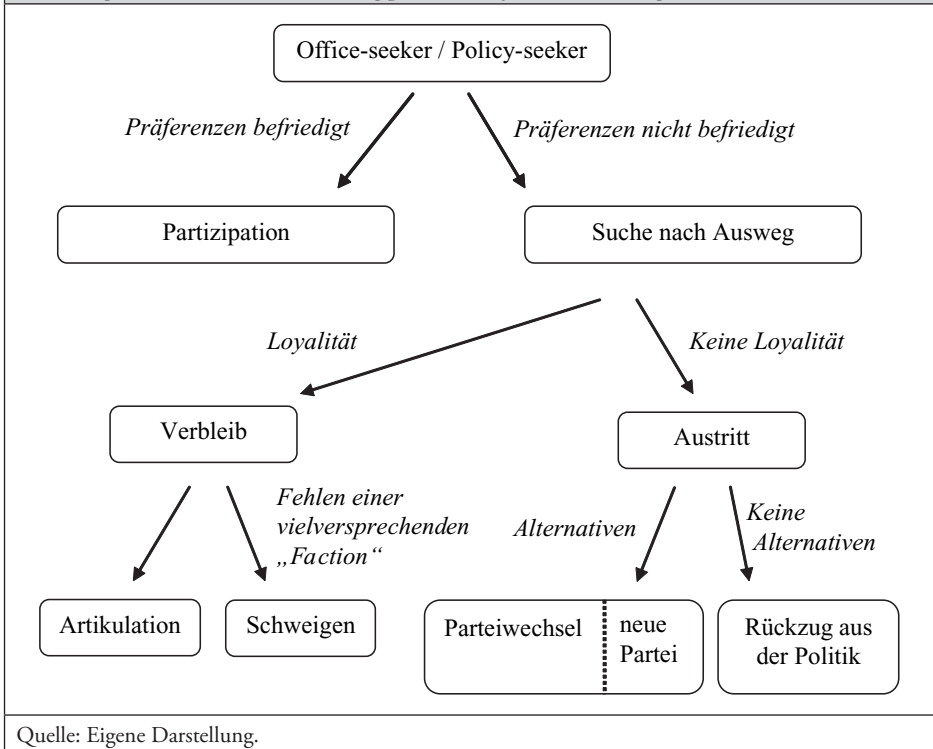


Locus of Control und der Politischen Gelegenheitsstruktur, müssen hingegen Modifikationen vorgenommen werden (vgl. Abbildung 3).

Die Feststellung, dass der Locus of Control für gewöhnliche Parteimitglieder immer extern ist, bedeutet nicht, dass sie keine Möglichkeit haben, ihre Kritik zu äußern. Tatsächlich spielen Mitglieder an der Parteibasis eine wichtige Rolle in innerparteilichen Flügelkämpfen. Parteien sind niemals einheitlich, sondern bestehen stets aus verschiedenen „Factions“⁴¹, die hier im weiten Sinne verstanden werden als „any relatively organized group

41 Es gibt keine äquivalente Übersetzung für den Begriff Faction, weshalb wir auf den englischen Begriff zurückgreifen. Die deutschen Bezeichnungen „Lager“ und „Flügel“ treffen nicht exakt die Bedeutung. Einige Wissenschaftler lehnen den Begriff Faction ab, da er historisch anders konnotiert ist (z.B. *Giovanni Sartori, Parties and Party Systems. A Framework for Analysis*, Cambridge 1976, S. 72, der stattdessen den Begriff „fraction“ vorschlägt). Jedoch ist der Begriff Faction „probably the most neutral term available, given its general usage within the language of politics.

Abbildung 3: Modell des Entscheidungsprozesses einfacher Parteimitglieder



that exists within the context of some other group and which (as a political faction) competes with rivals for power advantages within the larger group of which it is a part"⁴². Factions erfüllen wichtige Aufgaben innerhalb von Parteien, da sie die innerparteilichen Machtprozesse strukturieren. So spielen Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Factions eine wertvolle Rolle für einfache Mitglieder, weil sie für eine Auswahl an unterschiedlichen Politiken und Parteiführern sorgen.⁴³ Anstatt die Partei zu verlassen, können unzufriedene Mitglieder stattdessen versuchen, als Teil einer Faction die Richtung der Partei von innen zu verändern. Obwohl sie aufgrund ihres externen Locus of Control selbst keinen Protest initiieren, können sie durch die Existenz einer viel versprechenden Faction zur Ausübung der Voice-Option animiert werden. In dieser Hinsicht sind Factions Vehikel für unzufriedene Parteimitglieder, um eine Wandlung der Partei zu bewirken.

Moreover, it is questionable whether a generally recognised term can be abandoned without causing overwhelming confusion, especially in relation to the existing body of literature" (Alistair Cole, Factionalism, the French Socialist Party and the Fifth Republic: An Explanation of Intra-Party Divisions, in: European Journal of Political Research, 17. Jg. (1989), H. 1, S. 77 – 94, S. 78).

42 Frank P. Belloni / Dennis C. Beller (Hrsg.), Faction Politics. Political Parties and Factionalism in Comparative Perspective, Santa Barbara 1978, S. 419 (Hervorhebungen im Original).

43 Vgl. ebenda, S. 437 ff.

Hinsichtlich der Gelegenheitsstruktur ist festzuhalten, dass die Option einer Parteineugründung für einfache Mitglieder nicht zur Verfügung steht, da sie nicht über genügend Unterstützung verfügen. Dennoch beteiligen sie sich an Parteispaltungen; sie sind es sogar, die den Erfolg einer Abspaltung ausmachen. Der erste Schritt zur Neugründung wird jedoch stets von hochrangigen Parteipolitikern getan. Dieser Schritt verändert die Handlungsoptionen einfacher Mitglieder in zweierlei Hinsicht: Zum einen reduziert eine Abwanderung von gleichgesinnten Personen die Erfolgsaussichten der eigenen Position, was gleichbedeutend mit einer Abnahme an Loyalität ist und die Wahl der Exit-Option begünstigt. In dieser Situation bietet sich nun eine neue Alternative. Trotz der offensichtlichen Unterschiede in ihrem Gründungsstadium kann eine neue Partei analytisch wie eine bestehende behandelt werden. Wenn der Beschluss zur Neugründung einmal gefällt ist, entscheiden die jeweiligen Personen nicht länger über die Gründung einer Partei, sondern über einen Beitritt. Aufgrund der Unterstützung für die Faction vor ihrem Austritt sind diese Mitglieder der neuen Partei naturgemäß zugeneigt. Eine Parteispaltung kann somit verstanden werden als (ein Teil einer) Faction, die die Partei verlässt, weil ihre Mitglieder die Erfolgsaussichten zur Durchsetzung ihrer Ziele außerhalb der Partei höher einschätzen als innerhalb.

Obwohl also unterschiedliche Modelle für die Entscheidungsprozesse von hochrangigen und einfachen Mitgliedern zum Tragen kommen, wird deutlich, dass beide wechselseitig abhängig sind. Zum einen bedürfen die Parteiliten der Unterstützung der Parteibasis. Zum anderen benötigen einfache Mitglieder, um einheitliche Aktionen zu initiieren und zu koordinieren, hochrangige Parteiführer ohne die ihre einzelne Stimme bedeutungslos wäre. Eine latente Unzufriedenheit an der Parteibasis wird erst dann virulent, wenn sie von Angehörigen der Parteilite aufgenommen wird.

5. Das Modell am Beispiel von WASG und PDS

<i>Abbildung 4: Chronologie der Ereignisse</i>	
14. März 2003	Bundeskanzler <i>Gerhard Schröder</i> (SPD) kündigt in einer Regierungserklärung massive Einschnitte in die Sozialsysteme an.
11. April 2003	Eine Gruppe von SPD-Parteilinken startet das erste bundesweite Mitgliederbegehren in der Geschichte der Partei.
24. Mai 2003	Aktionstag der Gewerkschaften gegen die Agenda 2010 mit 90.000 Teilnehmern in 14 Städten
1. Juni 2003	90 Prozent der Delegierten stimmen auf dem SPD-Sonderparteitag der Agenda 2010 zu.
22. Januar 2005	Gründung der Partei WASG in Göttingen
22. Mai 2005	Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen erreicht die PDS 0,9 Prozent, die WASG 2,2 Prozent der Stimmen. <i>Franz Müntefering</i> und <i>Gerhard Schröder</i> kündigen vorgezogene Neuwahlen an.
24. Mai 2005	<i>Oskar Lafontaine</i> kündigt seinen Austritt aus der SPD an und erklärt seine Bereitschaft, ein Linksbündnis aus PDS und WASG zu unterstützen.
10. Juni 2005	PDS und WASG einigen sich auf gemeinsames Antreten bei der Bundestagswahl. WASG-Kandidaten sollen auf den PDS-Listen kandidieren. <i>Oskar Lafontaine</i> erklärt sich neben <i>Gregor Gysi</i> zur Spitzenkandidatur bereit.
17. Juli 2005	PDS benennt sich in Linkspartei.PDS um.
18. September 2005	Bei der Bundestagswahl erhält die Linkspartei.PDS 8,7 Prozent.

11. Dezember 2005	Die Linkspartei.PDS stimmt auf ihrem Dresdner Parteitag einem Zusammenschluss mit der WASG zu.
2. April 2006	78,3 Prozent der teilnehmenden WASG-Mitglieder stimmen in einer Urabstimmung einer Fusion mit der Linkspartei zu.
29. April 2006	Der WASG-Bundesparteitag in Ludwigshafen stimmt der Fusion mit der Linkspartei.PDS zu.
25. März 2007	Linkspartei.PDS und WASG beschließen auf einem Doppelparteitag die Fusion.
19. Mai 2007	In Urabstimmungen stimmen Mitglieder beider Parteien dem Zusammengehen zu.
16. Juni 2007	Gründung der Partei DIE LINKE. in Berlin.
Quelle: Eigene Darstellung.	

5.1. Unzufriedenheit

„Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen.“⁴⁴ Mit diesen Worten kündigte Bundeskanzler *Gerhard Schröder* in einer Regierungserklärung im März 2003 die Agenda 2010 an, an der sich in den folgenden Monaten ein schwerer innerparteilicher Streit entzündete. Der Protest richtete sich insbesondere gegen die Reduzierung der Geltungsdauer und der Höhe der Arbeitslosenunterstützung, die Abschaffung der Zumutbarkeitsbedingungen bei der Wiederaufnahme der Arbeit, die Einführung der Praxisgebühr und die Absenkung des Rentenniveaus. Verbindendes Element war die Kritik, dass sich alle Kürzungen ausschließlich auf die sozial Schwachen bezögen.⁴⁵ Diese Wahrnehmung sorgte in der SPD, die sich während ihrer langen Geschichte als Partei der kleinen Leute verstanden hatte, für ein hohes Maß an Unzufriedenheit, insbesondere bei der Parteilinken und den Gewerkschaften. „Die Agenda 2010 war nicht nur der buchstäbliche Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Es war, als hätte jemand den Hahn aufgedreht.“⁴⁶ 2003 empfanden sechs von zehn SPD-Mitgliedern die Politik der Regierung als falsch.⁴⁷

Doch nicht nur inhaltlich wurde das Reformpaket von vielen Parteimitgliedern kritisiert, auch das Zustandekommen der Agenda 2010 sorgte für Unverständnis. *Richard Katz* und *Peter Mair* unterscheiden idealtypisch drei „Gesichter“ einer Parteiorganisation⁴⁸: die Regierungspartei, die Parteibasis und die Parteizentrale. Während der rot-grünen Regierungsjahre verschob sich das Machtzentrum in der SPD eindeutig zur Regierungspartei zu Lasten der anderen beiden Bereiche. Nach dem Rücktritt *Oskar Lafontaines* von all seinen Ämtern gab es keinen SPD-Minister mehr, der über einen starken Rückhalt in der Partei verfügte. Die Richtung der Politik wurde eindeutig von der Regierung unter dem Bundeskanzler vorgegeben. Diese Entwicklung offenbarte sich bei der Agenda 2010. So beschwerte sich ein Genosse: „Der Kanzler braucht Nachhilfe in Demokratie. Den juckt es doch

44 Vgl. ebenda, S. 437 ff.

45 Vgl. *Thomas Meyer*, Die Agenda 2010 und die soziale Gerechtigkeit, in: PVS, 45. Jg. (2004), H. 2, S. 181 – 190, S. 182.

46 *Oliver Nachtwey*, a.a.O. (Fn. 9), S. 155.

47 Vgl. ebenda, S. 163.

48 Vgl. *Richard S. Katz* / *Peter Mair*, The Evolution of Party Organizations in Europe: The Three Faces of Party Organization, in: American Review of Politics, 14. Jg. (1993), H. 4, S. 593 – 618.

herzlich wenig, wie die Basis denkt.“⁴⁹ Zwar wurde die Agenda 2010 formell auf einem Sonderparteitag der SPD im Juni 2003 beschlossen, doch dieses Ergebnis kam unter erheblichem Druck der Parteiführung zustande. Parteiinterne Kritiker und Abweichler in der Fraktion wurden im Vorfeld mit „Peitsche ohne Zuckerbrot“⁵⁰ diszipliniert. Der Vorsitzende der Jusos, *Niels Annen*, klagte: „*Schröder* stellt die Vertrauensfrage, und gleichzeitig sollen wir bei den Regionalkonferenzen ergebnisoffen diskutieren. Das ist nicht ehrlich.“⁵¹ Die Agenda 2010 frustrierte somit viele policy-seeker, die sich mit ihren (linken) Begehren in der Partei nicht mehr durchsetzen konnten. Doch auch für office-seeker vom linken Flügel der Partei wurden die Zeiten zunehmend ungemütlich, da es für sie immer schwieriger wurde, noch einen aussichtsreichen Listenplatz zu ergattern und sie aus vielen Parteipositionen verdrängt wurden.⁵²

5.2. Loyalität

Die Ankündigung der Agenda 2010 entsetzte zwar viele Genossen, doch hatten viele von ihnen die Hoffnung noch nicht aufgegeben, die Reformen noch stoppen oder zumindest erheblich entschärfen zu können. Übersetzt man die Situation in *Albert Hirschmans* Terminologie, lässt sich von anhaltender Loyalität sprechen. So optierten die meisten der unzufriedenen Parteimitglieder zunächst für den Verbleib in der Partei. Es waren insbesondere Gewerkschaftsfunktionäre mit SPD-Parteibuch, die in den folgenden Wochen von der Voice-Option Gebrauch machten. Ein späterer Gründer der „Initiative für Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ (ASG), *Thomas Händel*, berichtete, dass man parteiintern „noch mal Gas geben“ wollte. Dazu aktivierte man die eigenen Netzwerke, um auf den Regionalkonferenzen zur Vorbereitung des Sonderparteitages Änderungen zu erreichen, aber: „Wir drangen einfach nicht durch.“⁵³ Dies lag zum einen an mangelnder Unterstützung aus der Partei – so scheiterte zum Beispiel das erste bundesweite Mitgliederbegehren in der Geschichte der Partei an dem notwendigen Quorum von zehn Prozent –, zum anderen aber auch an der geradezu feindlichen Einstellung der Parteiführung, die ihre Kritiker nach Kräften behinderte. Bis auf eine Ausnahme gelang es den Reformgegnern bei den Regionalkonferenzen nicht, auf die vorher festgelegte Rednerliste zu kommen.⁵⁴ Letztendlich konnten die Kritiker nicht verhindern, dass die SPD auf ihrem Sonderparteitag die Agenda 2010 annahm und die Regierung mit der Umsetzung begann. Eine baldige Abkehr von der Agenda 2010 wurde durch den Bundeskanzler kategorisch ausgeschlossen, und so schwand bei den meisten Unzufriedenen die Hoffnung auf einen Kurswechsel. Ihre Loyalität war aufgebraucht.

49 *Markus Dettmer* / *Konstantin von Hammerstein* / *Horand Knaup* / *Roland Nelles*, Explosives Gemisch, in: *Der Spiegel* vom 7. April 2003, S. 60 – 66, S. 63.

50 *Albrecht von Lucke*, Ein Land sieht schwarz, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 2003, H. 11, S. 1287 f.

51 *Nina Hacker* / *Konstantin von Hammerstein* / *Horand Knaup* / *Hartmut Palmer* / *Michael Sauga*, Der Große Showdown, in: *Der Spiegel* vom 19. April 2003, S. 40 – 45, S. 45.

52 Vgl. *Oliver Nachtwey*, a.a.O. (Fn. 9), S. 163.

53 Ebenda, S. 168.

54 Vgl. ebenda, S. 168.

5.3. Alternativen

Das bundesdeutsche Parteiensystem befindet sich seit der Wiedervereinigung in einer „zentripetalen Phase“⁵⁵. Dieser Hang zur politischen Mitte fand seinen Ausdruck unter anderem in der Agenda 2010, die von allen Fraktionen im Bundestag unterstützt wurde. Aufgrund ihrer Zustimmung zu dem Reformpaket waren die etablierten Parteien für dessen Gegner keine Alternative. Lediglich die PDS, die den Einzug in den Bundestag 2002 verpasst hatte und nur mit zwei direkt gewählten Abgeordneten vertreten war, hatte sich als einzige elektoral ernst zu nehmende Partei gegen die Agenda 2010 ausgesprochen. Doch obwohl sie sich als Partei der sozialen Gerechtigkeit verstand, waren die Differenzen zu den unzufriedenen SPD-Mitgliedern zu groß. Dies lag vor allem an der programmatischen, politischen und organisatorischen Distanz der PDS zu den Gewerkschaften.⁵⁶ Während der Protest innerhalb der SPD vor allem von Gewerkschaftsfunktionären getragen wurde, war die PDS als sozialistische Partei nicht auf die Gewerkschaften konzentriert. Folglich war ein Beitritt zur PDS keine Option für die unzufriedenen Reformgegner, und sie standen letztendlich ohne Alternativen im deutschen Parteiensystem dar.

5.4. Politische Gelegenheitsstruktur

Die Agenda 2010 löste eine Welle von Protesten aus, die die Ablehnung der Reformen durch weite Teile der Bevölkerung zum Ausdruck brachten. Eine Infratest-Umfrage im Juni 2004 zu den Chancen für eine neue Linkspartei ergab, dass mehr als ein Drittel (38 Prozent) sich vorstellen konnte, sie zu wählen und sechs Prozent es sogar „sicher“ tun würden.⁵⁷ Als die ASG-Gruppe im März 2004 die Parteiführung zur Rücknahme der Agenda 2010 aufforderte und mit der Gründung einer neuen Partei drohte, erhielt sie hunderte Emails und Faxnachrichten, so dass innerhalb weniger Tage ihre Kommunikationsstruktur zusammenbrach.⁵⁸ Diese Resonanz demonstrierte ein ausreichendes Maß an Unterstützung für eine neue Partei.

Die Chancen einer Parteinuugründung hängen wesentlich von der Politischen Gelegenheitsstruktur ab. Betrachtet man deren institutionelle Faktoren, so fällt das Urteil gemischt aus. Auf der einen Seite ist das in Deutschland bestehende personalisierte Verhältniswahlrecht neuen Parteien grundsätzlich sehr zuträglich, da sie von regionalen Hochburgen profitieren können, diese aber nicht zwangsläufig brauchen. Auf der anderen Seite hat jedoch die Fünfprozenthürde eine abschreckende Wirkung.

Die nicht-institutionellen Faktoren der Politischen Gelegenheitsstruktur waren hingegen eindeutig positiv. Die Identifikation mit den bestehenden Parteien hatte über die Jahre deutlich nachgelassen, was an der steigenden Anzahl der Wechselwähler, aber auch der Nichtwähler erkennbar wurde. Dies machte insbesondere der SPD zu schaffen. Während es der Partei bei ihrem Wahlsieg 1998 noch gelungen war, die politische Mitte zu gewinnen und gleichzeitig ihr linkes Stammklientel zu aktivieren, fiel ihr dies in den folgenden Jahren

55 Vgl. *Ulrich von Alemann*, Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 2001.

56 Vgl. *Oliver Nachtwey*, a.a.O. (Fn. 9), S. 165.

57 „Politische Zwillinge“, in: *Der Spiegel* vom 28. Juni 2004, S. 19.

58 Vgl. *Oliver Nachtwey*, a.a.O. (Fn. 9), S. 168.

immer schwerer. Durch ihre vermeintliche Orientierung in die politische Mitte – manifestiert durch die Agenda 2010 – hinterließ die SPD ein elektorales Vakuum im linken Spektrum der Wählerschaft, das zunächst einmal in die Nichtwählerschaft wanderte, aber durch entsprechende Angebote aktiviert werden konnte. Doch die SPD distanzierte sich nicht nur von Teilen ihrer Wählerschaft, sondern auch von den Gewerkschaften, von denen sie über Jahrzehnte ideell wie materiell unterstützt worden war. Die Gewerkschaften gehörten zu den entschiedensten Kritikern der Agenda 2010. Bei der Bundestagswahl 2005 gaben sie keine offizielle Wahlempfehlung für die SPD aus. Anstatt die Gründung einer neuen Partei zu behindern, wirkte das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften sogar eher positiv für eine Neugründung. Der innerparteilichen Protestbewegung wurde von Seiten der Gewerkschaften nicht nur mit viel Sympathie begegnet, sie wurde sogar in großen Teilen von Gewerkschaftern selbst getragen.

In der Summe lässt sich konstatieren, dass die Politische Gelegenheitsstruktur einer Parteineugründung im linken Lager im Großen und Ganzen zuträglich war. Zwar setzt das deutsche Wahlrecht neuen Parteien mit der Fünfprozentklausel eine hohe Hürde, doch angesichts des Ausmaßes der Proteste gegen die Regierungspolitik erschien auch dieses Ziel nicht utopisch.

5.5. Parteineugründung und Beitritt zur neuen Partei

Eine Parteineugründung wurde somit für die unzufriedenen Parteimitglieder zur nutzenmaximierenden Option, wobei die Initiative von einflussreichen Personen der Partei ausgehen musste. Es waren allerdings nicht die ganz großen Namen, die die Neugründung initiierten. Stattdessen ging der Impuls größtenteils von süddeutschen Gewerkschaftern aus, die zwar der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt waren, aber durch ihre Führungspositionen in der IG Metall eine ausreichende Reputation im Milieu der unzufriedenen SPD-Mitglieder besaßen.

Die Resonanz war so groß, dass der WASG-Verein Ende 2004 bereits 6.000 Mitglieder besaß (vgl. Tabelle 1). Nur sechs Wochen nach der Fusion der WASG mit der PDS hatte die Die Linke bereits 70.943 Mitglieder. Eines dieser neuen Mitglieder, das im Jahr 2005 der WASG beitrat, war *Oskar Lafontaine*, auf den aufgrund seiner Bedeutung für die Linkspartei kurz eingegangen werden soll.

Oskar Lafontaine war von 1985 bis 1998 Ministerpräsident des Saarlandes und 1990 Kanzlerkandidat der SPD, deren Bundesvorsitzender er zudem von 1995 bis 1999 war. Mit dem rot-grünen Wahlsieg 1998 übernahm er das Amt des Bundesfinanzministers; doch als er sich im regierungsinternen Machtkampf mit *Gerhard Schröder* immer weniger durchsetzen konnte, legte er 1999 alle Ämter nieder. *Lafontaine* selbst gab die Unzuverlässigkeit *Schröders* und seine Unzufriedenheit mit der als unsozial empfundenen Regierungspolitik als Gründe für seinen Rücktritt an.⁵⁹ Die Frage, ob er letztendlich vorwiegend ein policy- oder ein office-seeker ist, kann dabei nicht abschließend beantwortet werden. Denn ungeachtet aller möglichen inhaltlichen Gründe besitzt er einen ausgeprägten Machtinstinkt, der mit dem Einflussverlust in der Regierung unter *Schröder* schwer zu vereinbaren war.

59 Vgl. *Oskar Lafontaine*, *Das Herz schlägt links*, München 1999, S. 221 – 239.

Tabelle 1: Mitgliederentwicklung SPD und Linke 1998 bis 2008

	SPD		PDS / Linkspartei / Linke		WASG
	Anzahl	Veränderung	Anzahl	Veränderung	Anzahl
1998	775.036	-0,1	94.627	-4,1	
1999	755.036	-2,6	88.594	-6,4	
2000	734.667	-2,7	83.475	-5,8	
2001	717.513	-2,3	77.845	-6,7	
2002	693.894	-3,3	70.805	-9,0	
2003	650.798	-6,2	65.753	-7,1	
2004	605.807	-6,9	61.385	-6,6	6.000
2005	590.485	-2,5	61.270	-0,2	
2006	561.239	-5,0	60.338	-1,5	8.944
2007	539.861	-3,8	71.711	18,8	
2008	520.969	-3,5	76.031	6,0	

Quelle: Oskar Niedermayer, Parteimitgliedschaften im Jahre 2008, in: ZParl, 40. Jg. (2009), H. 2, S. 370 – 382, S. 373; Die Linke, 100 Tage Die Linke, [http://www.die-linke.de/index.php?id=55&no_cache=1&tx_ttnews\[backPid\]=9&tx_ttnews\[tt_news\]=629](http://www.die-linke.de/index.php?id=55&no_cache=1&tx_ttnews[backPid]=9&tx_ttnews[tt_news]=629) (Abruf am 1. Februar 2010).

Trotz des Rücktritts von seinen Ämtern blieb *Oskar Lafontaine* Mitglied der SPD, da er wohl weiterhin an seine Zukunft in der Partei glaubte. Ausgedrückt in der Terminologie des *Hirschman*-Modells verfügte er noch über ein ausreichendes Maß an Loyalität. So versuchte er, bei der saarländischen Landtagswahl 2003 als Spitzenkandidat der SPD aufgestellt zu werden, scheiterte jedoch am Erstzugriffsrecht des Landesvorsitzenden *Heiko Maas*.⁶⁰ Zudem wurden seine Hoffnungen auf persönlich bessere Zeiten in der SPD durch die anhaltende Unterstützung der Partei für *Gerhard Schröder* und die Agenda 2010 erschüttert. Wenn die SPD trotz massiver Proteste an ihrer Politik festhielt, musste diese politische Ausrichtung mehr als nur ein Strohfeuer sein. Und klar war auch, dass *Lafontaine* nur im Sog eines Linksrutsches der SPD zurück an die Macht gespült werden konnte. Da ein radikaler Politikwechsel der SPD nicht zu erwarten war, fand die Loyalität sowohl des policy- als auch des office-seeker *Lafontaine* ein Ende. So kündigte er an: „Ich kämpfe für eine wirkliche Neuorientierung der SPD. Wenn dies nicht gelingt, werde ich eine Wahlalternative unterstützen.“⁶¹

Sein Engagement in einer linken Alternative knüpfte er dabei an die Erfolgsaussichten einer solchen Organisation, weshalb er eine Fusion von PDS und WASG zur Bedingung für seinen Beitritt machte. Das Zustandekommen eines solchen Bündnisses präsentierte eine neue Kraft im linken Spektrum des Parteiensystems, das aus inhaltlichen wie aus machtpolitischen Gründen für *Oskar Lafontaine* interessant war.

60 Vgl. *Robert Lorenz*, Techniker der „kalten Fusion“. Das Führungspersonal der Linkspartei, in: *Tim Spier | Felix Butzlaff | Matthias Micus | Franz Walter* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 3), S. 275 – 323, S. 296.

61 *Oskar Lafontaine* im Interview, „Es geht mit Schröder nicht mehr“, in: *Der Spiegel* vom 9. August 2004, S. 36 – 39, S. 39.

5.6. Rückzug

Für all diejenigen unzufriedenen SPD-Mitglieder, die auch von der neuen Partei nicht angesprochen wurden, blieb letztendlich nur der komplette Rückzug aus politischen Parteien. Die Statistik zeigt, dass diese Option eindeutig am häufigsten gewählt wurde. Wie aus den Aggregatdaten hervorgeht, hat die SPD von 2003, dem Zeitpunkt der Verkündung der Agenda 2010, bis ins Jahr 2008 130.000 Mitglieder verloren, während die Linkspartei durch die Fusion und in den folgenden Jahren 16.000 Mitglieder gewinnen konnte. Selbst in dem nicht zutreffenden Fall, dass alle neuen Mitglieder der Linkspartei Dissidenten aus der SPD gewesen wären, hätte dieser Zugewinn lediglich 12 Prozent aller Austritte aus der SPD ausgemacht.

6. Fazit: Konsequenzen von Unzufriedenheit

Im Gegensatz zu sozialstrukturellen beziehungsweise elitenzentrierten Erklärungsansätzen wurde hier die Unzufriedenheit von Parteimitgliedern als unabhängige Variable betrachtet. Diese Unzufriedenheit gehört zur Normalität politischer Parteien. In ihrem Bestreben, die eigene Lage zu verbessern, können Mitglieder dabei verschiedene Optionen wählen, die einen bedeutenden Wandel der politischen Landschaft zu bewirken vermögen. Abnehmende Mitgliederzahlen, Parteispaltungen sowie Parteiwandel und Führungswechsel können alle auf das zugrunde liegende Phänomen der Unzufriedenheit zurückgeführt werden.

Obwohl diese Aufzählung die Wirkungsmächtigkeit des Faktors Unzufriedenheit unterstreicht, demonstriert sie zugleich, dass seine Betrachtung allein keine genauen Aussagen zulässt, da er allen Handlungen zugrunde liegt. Interessanter ist daher die Frage, was politische Akteure in diesem Fall tun, welche intervenierenden Variablen die konkrete Handlungswahl erklären. So hängt der Verbleib in einer Partei trotz Unzufriedenheit von den persönlichen Zukunftsaussichten in der Partei ab (Loyalität). Die Entscheidung für Voice oder Silence, für Artikulation oder Schweigen, fällt in Anbetracht der eigenen Stellung in der Partei (Locus of Control) beziehungsweise der Existenz einer einflussreichen Führungsgruppe (Faction). Entscheiden sich unzufriedene Parteimitglieder für einen Austritt, so werden sie dann einer anderen Partei beitreten, wenn es entsprechende Alternativen gibt, oder eine neue Partei gründen, wenn es die politische Gelegenheitsstruktur zulässt. Als letzter Ausweg bleibt ansonsten lediglich der komplette Rückzug aus der Politik.

Übertragen auf die Entstehung der Linkspartei lässt sich zeigen, dass mit der Agenda 2010 ein hohes Maß an Unzufriedenheit in der SPD entstanden ist. Nachdem die Versuche der Parteilinken gescheitert waren, eine Korrektur zu bewirken (Voice), war ihre Loyalität erschöpft und eine Gruppe von Mitgliedern drohte mit einem Austritt aus der Partei (Exit). Die überwältigende Resonanz auf ihre Ankündigung sowie die bundesweiten Proteste gegen die Regierungspolitik bewirkten im Verbund mit einer durchweg positiven Politischen Gelegenheitsstruktur die Gründung einer neuen, erfolgreichen Partei (WASG), die später mit der PDS zur Linkspartei fusionieren sollte. Allerdings gilt künftig auch für diese, dass Voice und Exit als Optionen für ihre Mitglieder bestehen.